

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 25-26

Artikel: Wenig Grund zu Optimismus
Autor: Zipko, Alexandr
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenig Grund zu Optimismus

Der folgende Artikel, den der sowjetische Politologe Alexandr Zipko, stellvertretender Direktor des Instituts der Akademie der Wissenschaften für internationale wirtschaftliche und politische Studien in Moskau, für das Zeitbild verfasst hat, beleuchtet die Hintergründe des Zerfalls der «Sowjetunion». Der «slawische Staatsstreich» vom 8. Dezember, wie die Gründung des neuen Staatenbundes zwischen Russland, der Ukraine und Weissrussland auch genannt wird, ist demnach eine logische Konsequenz aus den Ereignissen der letzten Monate seit dem Augustputsch.

Die derzeitigen Diskussionen über die Möglichkeit der Wiederholung eines Putschversuchs in der Sowjetunion sind sinnlos, denn der zweite Putsch hat bereits stattgefunden. Diesmal war er allerdings erfolgreich. Jelzin gelang, was Krjutschkow und seiner Clique misslang.

De-Facto-Machtübernahme durch Jelzin

In den zwei Monaten, die seit dem versuchten Staatsstreich im August vergangen sind, hat Jelzin Präsident Gorbatschow nicht nur die reale Macht entrissen, sondern löste mit seiner Zustimmung auch den Kongress der Volksdeputierten der UdSSR – das oberste gesetzgebende Organ des Landes – auf und trieb den Ministerrat der Union auseinander. Es vergeht kein Tag, ohne dass Jelzin seine Macht über den Rest der alten Staatsstrukturen erweitert hätte.

Am 28. Oktober verfügte er beispielsweise den Personalabbau im Auswärtigen Amt um das Zehnfache, am 30. Oktober die Umwandlung der Staatsbank der UdSSR in die republikanische russische Bank usw. Bezeichnend ist dabei, dass es für solche Aktionen keine gesetzliche Grundlage gibt; und auch der Hinweis, alle Unionsstrukturen lägen auf dem Territorium der RSFSR, sind nicht überzeugend. Die Bank der UdSSR wurde als Unionsbank gegründet und existierte auf Kosten aller Sowjetrepubliken. Deshalb hatte Jelzin auch kein Recht, etwas seiner russischen Republik anzueignen, was eigentlich allen Sowjetrepubliken gehörte. Wenigstens so lange wie die Union de jure existierte, hatte er auch kein Recht, den Abbau des Außenministeriums der UdSSR zu verfügen.

Umgehung des Rechts

Aber solche rechtlichen Überlegungen werden auch hier nicht angestellt – im Gegenteil, man nimmt dieses Vorgehen Jelzins als Selbstverständlichkeit hin; mehr noch, der demokratischen Regierung Russlands wird alles erlaubt, was den undemokratischen Putschisten verboten war. Wenn man von der geltenden Rechtsordnung ausgeht, muss man denn auch feststellen, dass sich der gescheiterte Putschkitsch sich in einen siegreichen Putsch Jelzins umgewandelt hat. Infolge des Sieges Jelzins wurden nicht nur konservative und dogmatische Kräfte, sondern auch alle Unionsstrukturen vernichtet und die Macht Gorbatschows endgültig untergraben. Man könnte deshalb erst dann von einer erfolgreichen Niederschlagung des Augustputsches sprechen, wenn der Sieg Jelzins zugleich auch die Wiederherstellung der gesetzlichen Präsidentenmacht mit sich gebracht hätte. Doch inzwischen ist offensichtlich, dass Gorbatschow heute nicht mehr Macht besitzt als während jenen Augusttagen, als er in Foros völlig isoliert war.

Erst vor kurzem erklärte der Bürgermeister von St. Petersburg, A. Sobtschak, er verfüge über genaue Informationen, wonach Jelzin beabsichtige, die Macht Gorbatschows endgültig zu brechen. Wenn es keine UdSSR mehr gibt, hat es ja auch keinen Sinn, die Macht Gorbatschows zu schützen. Und damit es keine Zweifel an der Zukunft Gorbatschows gibt, nahm der russische Präsident schon einmal dessen Arbeitszimmer im Kreml ein.

Krise war programmiert

Das Geschehene sollte man nicht einfach als Folge der persönlichen Feindschaft zwischen Jelzin und Gorbatschow interpretieren, obwohl das Unionschicksal wohl anders verlaufen wäre, wenn es keinen beleidigten, nach Rache dürstenden Jelzin gäbe. Dieser konnte seine Kraft und die Richtigkeit seiner politischen Ansichten nur durch die Zerstörung der Union und durch die Untergrabung der politischen Macht seines Gegners unter Beweis stellen.

Hintergrund dieses Dramas bildet, wie gesagt, wohl nicht so sehr der Konflikt zwi-

schen den beiden Politikern, als vielmehr die schwerste Strukturkrise des Staates. Die Grundlagen zu dieser Krise wurden dabei schon im Jahre 1922 von den Bolschewiken geschaffen, als sie die traditionelle einheitliche russische Zentralmacht in die sowjetische und die republikanische zerlegten. Dieser Widerspruch zwischen dem alten grossen und dem neuen kleinen Russland blieb so lange verborgen, als die republikanische Macht im Schatten der Unionsmacht lag und damit die Regierung der RSFSR kein Recht auf ihre eigene Stimme hatte. Stalin schlichtete diesen Strukturkonflikt durch die Schaffung einer Personalunion zwischen Vorsitzendem des Ministerrates der RSFSR und stellvertretendem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. In dieser Doppelrolle trat lange Kosygin auf.

Unwirkliche Machtteilung

Kaum aber hatten die Demokraten im Mai 1990 am Kongress der Volksdeputierten der RSFSR ihre Souveränität und ihre Selbständigkeit erklärt, wurde die Machtspaltung offenkundig und nahm sofort den Charakter eines Duumvirats an. Das zeigte sich vor allem nach der Wahl Jelzins zum Präsidenten der RSFSR am 12. Juni 1991. Nur wenige Tage später wurden im gleichen Gebäude des Moskauer Kremls die Residenzen der beiden Präsidenten eingerichtet. Kurz danach spitzte sich der «Krieg der Gesetze» zwischen den Regierungen Russlands und der Union zu.

Schon damals war klar, dass dieses Duell zwischen den beiden Politikern nicht friedlich zu schlichten war, dass neue Versuche einer gewaltsamen Überwindung des Duumvirats zu erwarten waren. Denn sicher war, dass Gorbatschow niemals freiwillig seine Vollmachten seinem Gegner abtreten würde, wozu auch juristisch kein Grund bestand. Ebenso sicher war aber auch, dass die russischen Politiker, die inzwischen zu Macht gelangt waren, sich unter keinen Umständen mit dem Spielen der zweiten Geige in der sowjetischen Führung zufrieden geben würden.

Natürlich gab es auch andere Möglichkeiten, wie beispielsweise dass Gorbatschow den Ausnahmezustand über das Land verhängen und die Kontrolle über die Regie-

rung der RSFSR übernehmen würde. Eine andere Variante war die, dass der sich auf die Massen stützende Jelzin die Zentralmacht mit Gorbatschow an der Spitze entmachtete. Möglich wäre aber auch gewesen, dass eine dritte Kraft sowohl den unschlüssigen Gorbatschow als auch den «frechen» Jelzin stürzte.

Jelzins Putsch gegen Gorbatschow

Nachdem die Führer von KGB, Armee und Innenministerium im Juni vergeblich versucht hatten, beim Parlament besondere Vollmachten zu erhalten, war die Wahrscheinlichkeit der dritten Variante gestiegen. Ich selbst hatte täglich mit einem kommunistischen Staatsstreich mit dem damaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, A. Lukjanov, an der Spitze gerechnet. Er kontrollierte die Gruppe «Union», die die überwiegende Mehrheit im Parlament der UdSSR besass.

Aber die Geschichte entschied anders: Es kam zu der viel komplizierteren Kombination zwischen der dritten und der zweiten Variante. Die Augustputschisten provozierten das Hinausströmen der Menschen auf die Strassen, und dann, nach ihrem Zurückweichen, drängten die von Jelzin angeführten Menschenmassen sowohl das KGB als auch das ZK der KPdSU zur Seite.

Ein solches Ergebnis war, im Nachhinein gesehen, fast unvermeidlich. Sich selbst und seine Regierung konnte Jelzin nur auf eine einzige Art schützen: durch die Ankündigung, er habe das Oberkommando über die auf dem Territorium der RSFSR und vor allem in Moskau stationierten Truppeneinheiten übernommen. Damit aber hatte sich Jelzin die Rechte Gorbatschows als Oberster Befehlshaber der Streitkräfte der UdSSR angeeignet und zugleich auch seine Kontrolle über die Strukturen der Unionsmacht erklärt.

Natürlich hätte sich Jelzin darauf beschränken und nach Gorbatschows Rückkehr nach Moskau am 22. August auf seine republikanische Ausgangsposition zurückziehen können. Doch die Trägheitskraft der politischen Ereignisse und die Siegesbegeisterung haben die Oberhand gewonnen. Jelzin gab Gorbatschow dessen während des Putsches verlo-

rene Macht nicht zurück und zerstörte bewusst alle Symbole und Strukturen der Unionsmacht. Der frühere kommunistische Zwang zum Leben in einem Einheitsstaat verwandelte sich in einen Zwang zum Staatszerfall, zum Austritt aller aus der grossen Union der Sowjetrepubliken.

Zwang zur Freiheit

Für einige Völker war diese Umgestaltung ein Glücksfall. Die Ostseerepubliken haben es Jelzin zu verdanken, dass ihr Loslösungsprozess beschleunigt wurde. Anderen Nationen und Völkern dagegen bringt Jelzin eine aufgezwungene Freiheit. So wünschten sich beispielsweise die Belorussen keine Unabhängigkeit, stimmten doch während des das weitere Schicksal der Union betreffenden Märzreferendums über 80 % der Belorussen für deren Beibehaltung. Sie sind nun, nach der endgültigen Umgestaltung der RSFSR in einen selbständigen und unabhängigen Staat, gezwungen, sich ihrerseits von Russland zu distanzieren.

Mit dem endgültigen Zerfall der Union und der Umgestaltung der RSFSR in einen souveränen Staat ist auch die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung nicht einverstanden. Diese ahnte nicht, dass die von ihnen unterstützte Idee einer eigenen Souveränität zum totalen Staatszerfall führen würde. Aber die Logik des politischen Kampfes und der Konfrontation zwischen den Regierungen Gorbatschows und Jelzins ist viel wichtiger als Gefühle und Stimmungen der Menschen. Nur ein kleiner Schritt trennt die russische Regierung von der vollständigen Machtausübung auf dem Territorium der RSFSR. Die Versuchung ist zu gross. Und sie macht diesen letzten Schritt natürlich im Bewusstsein, dass er zum völligen Zusammenbruch des Staates führt, der vor der Revolution «Russland» hiess. Für den Sieg über den Kommunismus zahlen wir einen hohen Preis.

Gefährlicher Nationalismus

Diese Geschehnisse wären nicht so schlimm, wenn als Folge des Zerfalls alle Beteiligten glücklich würden und Freiheit und Wohlstand erlangten. Doch die ganze Tragödie besteht darin, dass viele bereit sind, den Zer-

fall des Staates hinzunehmen, ohne die Konsequenzen aus diesem Prozess zu kennen. Denn die wichtigste Frage können wir nicht beantworten: Kann die RSFSR sich zu einem selbständigen, sich erfolgreich entwickelnden Staat wandeln? Wie wird sich die Bevölkerung dieser neuen Republik unter neuen Extremumständen verhalten?

Schon jetzt ist klar, dass unter dem Zerfall in erster Linie die Russen leiden werden; denn in allen neugebildeten Staaten – und manchmal gar auf ihren ureigenen Territorien wie beispielsweise auf der Krim oder im Dnjestrgebiet – sind sie jetzt plötzlich Fremde geworden. Es ist unschwer vorauszusehen, wie die Unzufriedenheit dieser Menschen Russland beeinflussen wird. Eine Zunahme des russischen Nationalismus ist unter solchen Umständen unvermeidlich. Dies um so mehr, als das alte Russland bei weitem nicht mit dem neuen Russland identisch ist. Im Russland der Zaren hielt sich jeder Orthodoxe für einen Russen, unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit. Nicht nur Ukrainer und Belorussen identifizierten sich als Russen, sondern auch Deutsche, Juden, Polen und andere, die sich mit der russischen Kultur und mit dem russischen Staat verbunden fühlten.

Diktatur statt Demokratie?

Jetzt hat sich die Lage gründlich verändert. Nach den Ereignissen im Baltikum, in der Ukraine und in Aserbaidschan wird überall die ethnische Zugehörigkeit der Menschen betont. Unter solchen Bedingungen einer starken Zunahme des nationalen Faktors und der damit einhergehenden nationalistischen Probleme wird kaum mit einer baldigen Festigung des demokratischen Bewusstseins zu rechnen sein. Im Gegenteil: Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich sowohl in Russland als auch in der Ukraine und in den neuen transkaukasischen Staaten eine autoritäre Macht festigen. Es ist schwierig, alle Folgen des Zerfalls der Union, insbesondere aber auch die Verwandlung der RSFSR in einen neuen selbständigen Staat, vorauszusehen. Gewiss ist nur, dass uns nichts Gutes bevorsteht. Wir Russen haben zum zweiten Mal in der Geschichte des 20. Jahrhunderts den Weg der Gewalttaten und der Feindschaft eingeschlagen.